

5./XI. 1916

Ein ernährungspolitisches Programm.

In der letzten Sitzung der Kriegskommission für Konsumenteninteressen wurde beschlossen, anlässlich der Ernennung des neuen Kabinetts das ernährungspolitische Programm dieser Kommission, wie es seit geraumer Zeit und zu wiederholten Malen bekanntgegeben wurde, bei der Regierung neuerdings zu vertreten. Die Konsumentenkreise Oesterreichs können der neuen Regierung Vertrauen entgegenbringen, weil Ministerpräsident Dr. v. Koerber schon bei der ersten feierlichen Gelegenheit, die sich ihm darbot, bei der Verabschiedung von den Beamten des Gemeinsamen Finanzministeriums, mit ganz besonderem Nachdrucke davon sprach, daß mit Ernst und Gewissenhaftigkeit das Möglichste geschehen wird, um vor allem die Nahrungssorgen des Volkes zu lindern, weil ferner der neue Justizminister Geheimer Rat Dr. Klein in einem vor kurzem im niederösterreichischen Gewerbeverein gehaltenen Vortrage die Bekämpfung des Kriegswuchers und die Lösung der ernährungspolitischen Fragen als eine der dringendsten Aufgaben jeder Regierung bezeichnet hatte.

Die Konsumenten Oesterreichs vertreten nach wie vor die Anschauung, daß nur die Schaffung eines den übrigen Ministerien gleichgestellten Ernährungsministeriums die unbedingt notwendige einheitliche Ernährungspolitik in Oesterreich gewährleisten könne, deren Hauptforderungen sind: Die möglichste Erhöhung der Produktion (Produktionszwang); die lückenlose Erfassung aller vorhandenen Vorräte; deren gerechte und gleichmäßige Verteilung auf alle Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch hinsichtlich des Selbstverbrauches der Produzenten und in den Privat-Haushaltungen; allmählicher Abbau der ins Unerlöschliche gestiegenen Preise; unnachsichtliche Strafe gegen jede Art von Vorratsverheimlichung, Warenaufspeicherung, Zurückhaltung der Waren und gegen Preistreiberei an jeder Stelle; zur rationellen Ersparnis von Lebensmitteln weitestgehende Unterstützung der Gemeinschaftsküchen. Unerläßlich ist es, daß Ungarn auch durch Schaffung eines gemeinsamen Versorgungsgebietes in der Lebensmittelversorgung mit Oesterreich gleichgestellt werde und einverständlich vorgehe. Schließlich ist es eine Aufgabe unserer auswärtigen Politik, dahin zu wirken, daß Oesterreich-Ungarn mit dem Deutschen Reiche und den übrigen Verbündeten eine gemeinsam geführte, auf eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung abzielende Ernährungspolitik einschlage.

Die Kommission beschloß, bei der Regierung für die Verwirklichung dieses ernährungspolitischen Programms vorstellig zu werden.